

Daher vertreten wir den Standpunkt: Erstens, nationale wissenschaftliche Programme und Projekte dienen der Lösung strategischer und gesellschaftlicher Aufgaben. Sie müssen zentral geplant und aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Die Beteiligung an internationalen Programmen und Projekten sollte entsprechend unseren Interessen und Möglichkeiten gezielt ausgebaut werden.

Zweitens: Alle anderen Vorhaben gehören in die volle Verantwortung der Wissenschaftler und ihrer Institutionen. Dafür könnte sowohl auf Mittel aus dem Staatshaushalt als auch auf die Einnahmen aus der Vertragsforschung zurückgegriffen werden.

Drittens: Darin eingebettet sehen wir einen von jeglicher Bürokratie befreiten Zugang zur Weltwissenschaft und den umfassenden Austausch mit ihr.

Viertens: Die ökonomischen Beziehungen der Wissenschaft zur Produktion und anderen Bereichen der Gesellschaft sollten zum gegenseitigem Vorteil neu geregelt werden. Wir halten es in diesem Zusammenhang für erforderlich, die Wirtschaftsreform so zu konzipieren, daß die Industrie einem ständig wirkenden starken Innovationszwang ausgesetzt ist. Industrie und akademische Forschungseinrichtungen sollten künftig von ökonomisch gleichberechtigten Positionen ausgehen und auf echten Wettbewerb zielende Kooperationsvereinbarungen abschließen. Ein hohes Niveau der Zusammenarbeit kann sich nur entwickeln, wenn vor allem die Industrie einen kräftigen Innovationszog entwickelt. Dazu gehört auch eine größere Reaktionsfähigkeit und Flexibilität der Industrie bei der Fertigung und Bereitstellung von dringend benötigter Technik sowie von Bio- und Feinchemikalien für Forschung und Ausbildung.

Wir setzen uns für leistungsfördernde Arbeits- und Lebensbedingungen der Wissenschaftler ein sowie für die Beachtung der Spezifik geistig-schöpferischer Tätigkeit. Entscheidend sind die Ergebnisse. Der Weg zu ihnen sollte möglichst wenig festgelegt und reglementiert werden. *(Beifall)*

Spitzenkräfte in Wissenschaft, Technik, Produktion, Medizin, Kunst und anderen Bereichen müssen auch als solche behandelt werden, wenn wir uns nicht von vornherein auf Mittelmaß beschränken wollen. *(Beifall)*

Im Interesse unserer Werktätigen selbst müssen wir deshalb gegen Tendenzen von Intelligenzfeindlichkeit und sozialem Neid ankämpfen. *(Beifall)*

Unsere Partei setzt sich dafür ein, daß in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß durch die Regierung eine Bildungsreform und ein neues Bildungsgesetz vorbereitet werden. Daran sollten alle beteiligt sein, die mit Bildung zu tun haben und von ihr betroffen sind: Lehrer, Erzieher, Eltern, Kinder und Jugendliche selbst, Künstler und Wissenschaftler, Vertreter der Betriebe und Wirtschaftseinrichtungen, Massenmedien, Parteien und Vereinigungen, gesellschaftliche Organisationen und Gruppierungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Unsere Partei bringt sich auf der Grundlage ihrer Programmatik mit eigenständigen Angeboten für ein sozialistisches Bildungswesen in das Ringen um Konsens ein, wobei wir uns den bildungspolitischen und pädagogischen Forderungen der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlen und uns bemühen, die Bil-